

# **Arbeitspapier/Dokumentation**

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr.126/2004

S. Isabell Thaidigsmann

## **Sozialstruktur und Wählerverhalten**

Das Ende einer alten Beziehung?

Sankt Augustin, April 2004

ISBN 3-937731-05-9

Ansprechpartnerin: Dr. Viola Neu  
Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung  
Telefon: 030 26996-506  
E-Mail: [viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Wichmannstrasse 6, 10907 Berlin

## Inhalt

0.	Zusammenfassung	3
1.	Einleitung	4
2.	Soziologische Modelle zur Erklärung von Wählerverhalten	6
2.1	Das mikrosoziologische Modell	6
2.2	Das makrosoziologische Modell	7
3.	Zur aktuellen sozialstrukturellen Verortung der Wähler in der Bundesrepublik	9
3.1	Zum Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002	12
3.1.1	Die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter	12
3.1.2	Die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von Bildung, subjektiver Schichtzugehörigkeit und beruflicher Stellung	15
3.1.3	Die Wahlentscheidung nach Konfession und Kirchenbindung	22
3.2	Die Wählerschaft der Union	26
3.3	Die Wählerschaft der SPD	26
3.4	Die Wählerschaft der FDP	27
3.5	Die Wählerschaft der Bündnisgrünen	28
3.6	Die Wählerschaft der PDS	28
	Literatur	29
	Die Autorin	33

## 0. Zusammenfassung

Die vorgestellten Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen und Wählerverhalten bestätigen weitgehend die aus der Literatur bekannten Muster. Zwar sind die Beziehungen nicht mehr so stark wie in der frühen Bundesrepublik und zudem im Osten oft schwächer als im Westen, dennoch ist eine Verwurzelung vor allem der beiden großen Parteien in bestimmten sozialstrukturell definierten Gruppen offensichtlich. „Dort, wo es also noch die alten Milieus gibt, wirken die strukturellen Bindungen an die großen Parteien nach wie vor“ (Jung/Roth 1998: 18). Dass diese keine 1:1-Relation darstellen und noch nie dargestellt haben, liegt auf der Hand. Die Tatsache, dass die Anteile der SPD-Wähler in den Gruppen, die traditionell eher der CDU/CSU zuneigen, 1998 oftmals höher waren als in den beiden anderen Jahren zuvor, macht zudem deutlich, dass auch die sozialstrukturell definierten Verbindungen von der politischen Konjunktur und von Stimmungslagen in der Bevölkerung beeinflusst werden.

Von einer Auflösung der Beziehung zwischen bestimmten sozialen Gruppen und Parteien kann man zwar nicht sprechen. Viel gravierender ist aber das Schrumpfen der Kernwählerschaften der beiden Volksparteien: Kirchengebundene Katholiken und Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft stellen nur noch einen marginalen Teil der Wählerschaft von CDU/CSU und SPD. Nur ihrer Anpassungsfähigkeit und der erfolgreichen Mobilisierung anderer Wählergruppen, so Wessels (2002), verdanken die beiden großen Parteien ihre weiterhin bestehende dominante Stellung im bundesdeutschen Parteiensystem. Müssten sie sich alleine auf ihre Stammwählerschaft verlassen, wären sie inzwischen zu Kleinparteien geschrumpft (vgl. auch Gabriel/Brettschneider 1994, Jung/Roth 1998). „Von den sozialen und demographischen Wandlungsprozessen gehen die wohl gravierendsten Veränderungen für das Wahlverhalten und das Parteiensystem aus“ (Weßels 2000: 153).

Die Fähigkeit, sich diesen Gegebenheiten anzupassen, wird für die politischen Parteien auch weiterhin die größte Herausforderung darstellen.

# 1. Einleitung

Die zentrale Frage der empirischen Wahlforschung lautet: *Wer wählt welche Partei und warum?* Zur Beantwortung dieser Frage stützt sie sich in erster Linie auf zwei Gruppen von Bedingungsfaktoren: Zum einen zieht sie sogenannte Persönlichkeitsfaktoren heran, also individuelle psychische Eigenschaften wie Einstellungen, Motive oder tief in der Persönlichkeit verwurzelte Werthaltungen. Zum anderen fokussiert sie auf Umweltfaktoren, die zentral für die Umgebung sind, in der ein Wähler lebt, so beispielsweise der Beruf, das Einkommen, die Bildung oder die Mitgliedschaft in bestimmten Gruppen (vgl. z.B. Falter/Schumann/Winkler 1990, Woyke 1998).

Fragt man – wie im vorliegenden Beitrag – nach dem Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und dem Wählerverhalten, geht es um die Bedeutung von Umweltfaktoren für die Entscheidung der Wähler. Dabei muss aber bedacht werden, dass im Prinzip von einer indirekten Beeinflussung des Wählerverhaltens durch Umweltfaktoren auszugehen ist. Wenn man nach der Relevanz sozialstruktureller Merkmale für die Wahlentscheidung fragt, geht man *implizit* davon aus, dass durch die Verwurzelung in einem bestimmten sozialen Umfeld spezifische Einstellungen und Werthaltungen entstehen, die letztendlich die Entscheidung am Wahltag bestimmen (vgl. z.B. Schmitt 2001).

Während in der politikwissenschaftlichen Diskussion früher ein starker Einfluss der Sozialstruktur auf politische Einstellungen und politische Verhaltensweisen angenommen und von einer „politisierten Sozialstruktur“ gesprochen wurde, setzte sich in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend die Auffassung eines gravierenden Bedeutungsverlustes sozialstruktureller Variablen vor allem für das Wahlverhalten durch. Nicht mehr die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, so die Vertreter dieser Auffassung, sondern individuelle Kalküle und situative Sichtweisen spielen demnach mehr und mehr die ausschlaggebende Rolle (vgl. Dalton/Flanagan/Beck 1984, Weißels 2000, Schmitt 2001, Brettschneider/van Deth/Roller 2002, Hennig/Lohde-Reiff 2002, Pappi 2002, Rudzio 2003).

Für diese Entwicklung werden verschiedene Gründe angeführt. So können sie in die allgemeine Beobachtung der fortschreitenden Individualisierung in modernen Gesell-

schaften eingebettet werden. Ein Kennzeichen dieser Gesellschaften ist eine abnehmende Bindekraft traditioneller gesellschaftlicher Gruppierungen. Ursachen hierfür sind der zunehmende Wohlstand, das größere Ausmaß an sozialstaatlichen Leistungen, das Wachstum des Dienstleistungssektors, die Verstädterung, das höhere Bildungsniveau der Bevölkerung sowie der uneingeschränkte und zunehmende Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu (elektronischen) Medien und damit zu einer Vielzahl von Informationen (vgl. Dalton 1996, Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997, Klein/Pötschke 2000, Brettschneider/van Deth/Roller 2002). Dazu kommt der insbesondere durch Inglehart (z.B. 1977, 1997) konstatierte Wertewandel in westlichen Industriegesellschaften. Der Wertewandel bedeutet eine Verschiebung gesellschaftlicher Prioritäten von alten, materialistischen Werten wie beispielsweise Sicherheit oder Wohlstand zu neuen, postmaterialistischen Werten wie Umweltschutz, Gleichberechtigung oder stärkerer Bürgerbeteiligung im politischen Bereich.<sup>1</sup>

Dass die beschriebene Abschwächung der Beziehung zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und dem Wahlverhalten weitreichende Konsequenzen für den Parteienwettbewerb hat, liegt auf der Hand. Parteien können sich nicht mehr auf einen festen, sozialstrukturell definierten Bestand an Wählern verlassen. Vielmehr ergeben sich von Wahl zu Wahl neue Konstellationen und damit neue Anforderungen für sie (vgl. z.B. Gabriel/Brettschneider 1994, Schmitt 2001).

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1994, 1998 und 2002 noch eine Verbindung zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten bestand. Diese Frage ist auch deshalb von zentralem Interesse, da das oftmals behauptete Ende der „politisierten Sozialstruktur“ neuerdings in der Literatur wieder kontroverser besprochen wird (v.a. auf der Grundlage von Evans 1999, vgl. auch Brettschneider/Roller/van Deth 2002).

---

<sup>1</sup> Durch die Veränderung der Wertprioritäten werden beispielsweise nach Inglehart (1997) die Einflüsse der traditionellen Konfliktlinien auf das Wahlverhalten in dem Sinne abgeschwächt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit postmaterialistischen Orientierungen von den traditionellen Parteien abwenden (Dealignment) und gegebenenfalls nach neuen Interessenvertretern suchen (Re-alignment) (vgl. z.B. Bürklin/Klein 1998).

## **2. Soziologische Modelle zur Erklärung von Wählerverhalten**

### **2.1 Das mikrosoziologische Modell**

Das individualsoziologisch orientierte Modell der Columbiaschule von Lazarsfeld et al. (1948) wurde anlässlich des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes von 1940 entwickelt und spielt noch heute für die Beschreibung der Wählerschaft eines Landes sowie für die Betrachtung der Stabilität von Wahlverhalten eine Rolle. Das Modell wurde auf der Grundlage der Beobachtung entwickelt, dass einzelne politische Parteien in Abhängigkeit der sozialstrukturellen Gegebenheiten in bestimmten Gebieten unterschiedliche Erfolge verzeichnen konnten. Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland gilt dies beispielsweise für die CDU/CSU in ländlich geprägten und katholisch dominierten Gebieten, für die SPD vor allem in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Arbeitern, für die FDP in städtischen Gebieten mit hohem Mittel-schichtanteil und – in neuerer Zeit – für die Grünen vorrangig in Universitätsstädten mit einem großen Anteil an jüngeren und höher gebildeten Wählern (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990, Bürklin/Klein 1998, Woyke 1998).

Nach den Annahmen des mikrosoziologischen Modells wird das Wahlverhalten maßgeblich durch die individuelle Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen mit eindeutigen Wahlnormen, durch die Kommunikation mit Meinungsführern innerhalb der Gruppe und damit durch das politische Klima in der unmittelbaren Umgebung eines Individuums beeinflusst. Demnach tendieren Personen, die denselben sozialen Gruppen angehören dazu, dieselbe Partei zu wählen. Die politischen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger werden nach diesen Vorstellungen durch soziale Merkmale determiniert (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990). Es ist davon auszugehen, dass sich eine Person im Hinblick auf eine anstehende Wahl um so eher im Sinne der in ihrer Umgebung vorherrschenden politischen Ausrichtung entscheiden wird, je homogener die verschiedenen Gruppen, zu denen sie gehört, in politischem Sinn sind und je weniger Einflüssen sie ausgesetzt ist, die in verschiedene Richtungen weisen. Die durch die politische Sozialisation generierte Parteipräferenz wird durch den Gruppendruck der unmittelbaren Umgebung und durch den individuellen Wunsch, mit dem eigenen politischen Denken und Handeln nicht im Widerspruch zu den Mitgliedern im direkten Lebensumfeld (z.B. Familienmitglieder, Freunde, Arbeits-

kollegen) zu stehen, nicht nur aufrecht erhalten, sondern im Laufe der Zeit auch intensiviert. Dazu kommt noch die Neigung, Medien und andere Informationsquellen selektiv zu nutzen, das heißt, nur solche Informationen wahrzunehmen, die dem eigenen politischen Denken entsprechen, und andere Informationen weitgehend zu ignorieren (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990).

In Zeiten des Wahlkampfs bemühen sich die politischen Parteien nach den Annahmen des mikrosoziologischen Modells vor allem darum, das politische Interesse zu stimulieren, die eigenen – sozialstrukturell festgelegten – Anhänger zur Wahl anzuregen und die bestehenden Parteineigungen zu verstärken. Das Verhalten der Wähler, die sich in einer homogenen politischen Umgebung bewegen, bleibt von Wahl zu Wahl stabil. Wechselhaftes Verhalten ist lediglich bei denen zu erwarten, die sogenannten cross-pressures, also gegenläufigen politischen Einflüssen, ausgesetzt sind. Als typisches Beispiel für eine unter cross-pressures stehende Person findet sich häufig das Bild des „strenggläubigen katholischen, gewerkschaftlich organisierten Arbeiters der 1960er Jahre. Seine Religiosität und insbesondere die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche drängen ihn dabei zur CDU, sein Arbeiterstatus und seine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft aber zur SPD“ (Bürklin/Klein 1998: 55). Neben dem im Zeitverlauf inkonsistenten Wahlverhalten, zeichnen sich solche Personen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt auch durch ein eher schwaches politisches Interesse sowie durch eine geringere Wahlbereitschaft aus (vgl. Lazarsfeld et al. 1948, Falter/Schumann/Winkler 1990, Jagodzinski/Quandt 2000).

## **2.2. Das makrosoziologische Modell**

Eine Alternative zum mikrosoziologischen Ansatz findet sich mit der sogenannten Cleavage-Theorie in der klassischen parteiensoziologischen Studie von Lipset und Rokkan (1967). Obgleich diese Theorie eigentlich entwickelt wurde, um die Entstehung von Parteiensystemen zu erklären, findet sie auch in der empirischen Wahlforschung als makrosoziologisches Modell zur Erklärung von Wählerverhalten Anwendung (zu damit zusammenhängenden Problemen vgl. Gabriel/Thaidigsmann 2000). Nach Lipset und Rokkan (1967) entwickeln sich nationale Parteiensysteme auf der Grundlage der im Zuge der Modernisierung in einer Gesellschaft aufkommenden Konflikte. Diese Konflikte bzw. Konfliktlinien werden als Cleavages bezeichnet und

weisen folgende Eigenschaften auf: Sie sind dauerhaft in einer Gesellschaft verwurzelt und spiegeln interessen- oder wertbezogene Gegensätze zwischen sozialen Gruppen wider. Diese Gegensätze verschaffen sich in organisatorischer Form, beispielsweise durch Gewerkschaften oder Kirchen, Ausdruck und werden dadurch politisiert. Auf der Grundlage gemeinsamer politischer Ideologien gehen die Organisationen Verbindungen mit bestimmten Teilen der politischen Entscheidungsträger ein, und diese Verbindungen manifestieren sich letztlich in Form von politischen Parteien (vgl. Lane/Ersson 1989, Pappi 1992, Gabriel/Brettschneider 1994, Knutsen/Scarborough 1995, Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997, Schultze/Zinterer 2002).

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs dominierten vor allem zwei Konfliktlinien das bundesdeutsche Parteiensystem: Zum einen das religiös-konfessionelle Cleavage zwischen Staat und Kirche, zum anderen das sozio-ökonomische Cleavage zwischen Arbeit und Kapital. Auf jeder Seite der beiden Konfliktachsen fanden sich Parteien als Vertreterinnen der jeweiligen gesellschaftlichen Interessen. Am einen Ende der Achse zwischen Kirche und Staat bzw. zwischen religiösen und säkularen Interessen stand die CDU/CSU als Vertreterin religiös und kirchlich orientierter Bürgerinnen und Bürger, am anderen waren FDP und SPD als Vertreterinnen säkular orientierter Bevölkerungsgruppen positioniert. Auf der sozioökonomisch definierten Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital standen sich die arbeitnehmerorientierte SPD und die bürgerlich, an den Interessen des sogenannten Alten Mittelstands orientierte CDU/CSU sowie FDP gegenüber (vgl. Abbildung 2). Diese Konstellation konnte schon bei der ersten Bundestagswahl beobachtet werden, und sie besteht trotz der vielschichtigen gesellschaftlichen Veränderungen in weniger deutlicher Form bis heute fort (vgl. z.B. Falter/Schumann/Winkler 1990, Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997, Gabriel/Thaidigsmann 2000, Weißels 2000).

Allerdings haben sich im Laufe der Zeit die Konfliktachsen zwischen Kirche und Staat einerseits sowie Arbeit und Kapital andererseits überlagert und sind zu einem Gegensatz zwischen links und rechts verschmolzen. Hier stehen sich säkulare und arbeitnehmerorientierte auf der linken und arbeitgeberorientierte und kirchlich bzw. religiös gebundene Kräfte auf der rechten Seite gegenüber. In den 1980er Jahren veränderte sich diese lange Jahre stabile Konstellation durch das Vordringen der post-

materialistischen Wertprioritäten in der bundesdeutschen Gesellschaft. Die neue Differenz zwischen postmaterialistischen und materialistischen Interessen führte zum Aufkommen einer neuen Konfliktlinie<sup>2</sup>, die sich quer zur Links-Rechts-Achse positionierte und die Erfolge der Grünen als Vertreter postmaterieller Werte und Themen nach sich zog.

### **3. Zur aktuellen sozialstrukturellen Verortung der Wähler in der Bundesrepublik**

Beim Wahlverhalten zeichnen sich folgende Linien ab: Frauen und Männer unterscheiden sich in neuerer Zeit (anders als in den 1950er und 1960er Jahren) hinsichtlich ihrer Parteipräferenzen kaum noch voneinander (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990, Andersen/Woyke 1998, Molitor/Neu 1999, Gibowski 1999). Zwischen den verschiedenen Altersgruppen zeigen sich aber deutliche Differenzen: Die CDU/CSU kann bei den 20 bis 30jährigen, aber auch bei den 30 bis 40jährigen relativ schlecht Fuß fassen, verzeichnet dafür aber bei den Wählern über 50 und ganz besonders bei den Wählern über 60 überdurchschnittliche Ergebnisse. Für die Grünen zeigt sich das entgegengesetzte Bild, und die Wählerschaft der SPD weist kein eindeutiges altersbezogenes Profil auf (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990, Falter/Gehring 1998, Gibowski 1999). Die formale Bildung spielt ebenfalls eine Rolle. So tendieren höher Gebildete eher zur FDP und zu den Grünen als Personen mit einem geringeren Bildungsniveau. Die Unionsparteien sind weiterhin bei Selbständigen, kirchengebundenen Katholiken sowie Landwirten besonders erfolgreich. Die SPD kann sich dagegen in deutlichem Ausmaß auf Wähler aus der Gruppe der Facharbeiter und Gewerkschaftsmitglieder stützen (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990, Gibowski 1999).

In der Bundesrepublik Deutschland können zumindest zwei Prozesse beobachtet werden, die den Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen und Wählerverhalten aufweichen. Zum einen haben sich die Größen der jeweiligen Gruppen im Laufe der Zeit verändert. So hat sich der Anteil der (gewerkschaftlich organisierten)

---

<sup>2</sup> Die Frage, ob es sich hierbei tatsächlich um ein Cleavage im beschriebenen Sinn handelt, ist in der Literatur nicht unumstritten. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, dass sich im Laufe der Zeit erst noch zeigen muss, ob der Konflikt dauerhaft besteht und in der Koalition zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und Teilen der politischen Entscheidungsträger Ausdruck findet. Meist wird aber trotz dieses Vorbehalts von der Existenz einer neuen Konfliktlinie ausgegangen.

Arbeiter in der deutschen Bevölkerung wie auch der Anteil kirchengebundener Katholiken seit 1949 deutlich verringert, gleichzeitig haben sich die Anteile der im Dienstleistungssektor Beschäftigten und die Zahl der Angestellten und Beamten, die als Mitglieder des „Neuen Mittelstands“ gelten, erhöht (vgl. Gabriel/Brettschneider 1994, Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997, Falter/Schoen 1999, Jagodzinski/Quandt 2000, Weißels 2000, Brettschneider/van Deth/Roller 2002).

Zum anderen gehen verschiedene Studien davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe immer unbedeutender für die Wahlentscheidung wird. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Wahlforschung zeigen, dass sich die konfligierenden Gruppen zwar in ihrem Wahlverhalten aneinander annähern, dass dies aber keine komplette Aufhebung, sondern nur eine Abschwächung des Zusammenhangs zwischen sozialstruktureller Verortung der Bürgerinnen und Bürger und deren Wahlentscheidung zur Folge hat:

Die SPD kann sich nach wie vor auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Kernwählerschaft stützen, was auch die Funktion der Gewerkschaften als „mobilisierende Vermittlungsinstanz“ (Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997: 183, vgl. auch Schmitt 1997) deutlich macht. Die Wahlchancen der SPD schrumpfen bei dieser Gruppe im Laufe der Zeit in moderatem Ausmaß. Angestellte und Beamte als Mitglieder des sogenannten und stark wachsenden Neuen Mittelstands neigen je nach dem Bereich ihrer Tätigkeit (z.B. administrativ, sozial, kulturell) sowohl der CDU/CSU als auch der SPD und den Grünen zu. Innerhalb dieser Gruppe kann also eine teilweise Umorientierung – weg von der CDU/CSU und hin zu SPD oder Grünen – konstatiert werden (vgl. den Überblick bei Brettschneider/van Deth/Roller 2002: 12f. sowie bei Pappi 2002: 43).

Für die Relevanz des religiös-konfessionellen Konflikts erkennen Studien der letzten Jahre, dass sich die CDU/CSU noch immer auf eine Kerngruppe an Wählern stützen kann, nämlich auf die kirchengebundenen Katholiken. Das heißt, die mobilisierende Rolle, die Gewerkschaften für die Wahlentscheidung von Arbeitern zu Gunsten der SPD einnehmen, kommt im Hinblick auf die Entscheidung von Angehörigen der katholischen Konfession der Kirche zu. Als ausschlaggebend erweist sich nicht die bloße Frage danach, ob jemand formell der katholischen Kirche angehört, sondern viel-

mehr, wie sehr er sich dieser verbunden fühlt. Gleichzeitig muss aber auch eingeräumt werden, dass sich die Verbindung zwischen Partei und „traditioneller“ Stammwählerschaft auch hier im Laufe der Zeit abgeschwächt hat (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990, Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997, Andersen/Woyke 1998, Jagodzinski/Quandt 2000, Brettschneider/van Deth/Roller 2002, Hennig/Lohde-Reiff 2002).

Insgesamt zeigen aktuelle Forschungsergebnisse, dass es in den alten Bundesländern nach wie vor deutlich erkennbare Unterschiede im Wahlverhalten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gibt, was bedeutet, dass sozialstrukturelle Variablen ihre Relevanz für die Wahlentscheidung nicht völlig eingebüßt haben.

In den neuen Bundesländern ließen sich die aus Westdeutschland bekannten Zusammenhänge zwischen der sozialstrukturellen Verortung und dem Wahlverhalten bei den ersten beiden Bundestagswahlen nach der Wiedervereinigung nur ansatzweise auffinden. Vor allem die von der CDU erzielten Ergebnisse unter den Arbeitern widersprachen dem westdeutschen Muster und damit auch den theoretischen Grundlagen. Dies ließ sich vorrangig dadurch erklären, dass die Christdemokraten als Partei der Einheit angesehen wurden und dementsprechend hohes Ansehen genossen. Seit 1998 lassen sich aber vor allem hinsichtlich der sozioökonomischen Konfliktlinie in Ost und West ähnliche Strukturen identifizieren (vgl. Gabriel/Brettschneider 1994, Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997, Schmitt 1997, Arzheimer/Falter 1998, Falter/Schoen 1999, Brettschneider/van Deth/Roller 2002). Für den festzustellenden leichten Rückgang sozialstruktureller Einflüsse finden sich noch keine eindeutigen Erklärungen. Vermutlich ist das auf Individualisierungsprozesse zurückzuführen (vgl. Brettschneider/van Deth/Roller 2002).

### **3.1 Zum Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

Zunächst wird gezeigt, welcher Zusammenhang zwischen den ausgewählten sozialstrukturellen Variablen und der Wahlabsicht bzw. Wahlentscheidung<sup>3</sup> in den alten und den neuen Bundesländern in den drei Bundestagswahljahren 1994, 1998 und 2002 zu erkennen ist.<sup>4</sup>

#### **3.1.1 Die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter**

Wie Tabelle 1 zeigt, spielt das Geschlecht zu den betrachteten Zeitpunkten so gut wie keine Rolle für die Wahlentscheidung. Das heißt, Frauen und Männer votieren in sehr ähnlichem Ausmaß für die verschiedenen Parteien. Die größte und mit nur fünf Prozentpunkten nicht sehr eindrucksvolle Differenz findet sich in Ostdeutschland im Jahr 1994 im Hinblick auf die Wahl der SPD. In den alten Bundesländern betragen die beiden größten Differenzen jeweils vier Prozentpunkte. Sie finden sich einmal im Jahr 1994 hinsichtlich Bündnis 90/Die Grünen und einmal im Jahr 2002 in Bezug auf die CDU/CSU. Alle anderen Differenzen zwischen den Angaben weiblicher und männlicher Befragter liegen unterhalb dieser Werte.

---

<sup>3</sup> Die einbezogene Variable stellt eine Kombination der in den Jahren 1994, 1998, 2002 jeweils durch eine Vor- und eine Nachwahlbefragung gewonnenen Ergebnisse dar. In der Vorwahlbefragung wurde dabei nach der Wahlabsicht bei der anstehenden Bundestagswahl, bei der Nachwahlbefragung nach der bei der zurückliegenden Bundestagswahl getroffenen Wahlentscheidung gefragt. Der in den Kapitel- und Tabellenüberschriften verwendete Begriff „Wahlentscheidung“ bezieht also immer die Angabe einer geplanten und einer getroffenen Wahlentscheidung ein; zum Fragewortlaut vgl. Tabelle 1.

<sup>4</sup> Die verwendeten Daten wurden im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ (1994 bis 2002) erhoben. Auf die für die Republikaner ermittelten Werte wird im Text nicht eingegangen, da sie sich insgesamt auf so niedrigem Niveau bewegen, dass eine Interpretation unmöglich ist. Außerdem werden die Werte für die PDS nur im ostdeutschen Kontext interpretiert, da diese im Westen nach wie vor keine relevante Rolle als Wahlpartei spielt. Dementsprechend finden Bündnis 90/Die Grünen vorrangig im Hinblick auf die alten Bundesländer Beachtung – nur wenn sich im Osten bemerkenswerte Ergebnisse zeigen, werden diese aufgegriffen.

**Tabelle 1: Wahlentscheidung nach Geschlecht in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland						Westdeutschland					
	Männlich			Weiblich			Männlich			Weiblich		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	38	27	32	39	28	28	39	35	44	39	33	40
<b>SPD</b>	33	41	41	38	44	41	41	45	37	40	47	40
<b>FDP</b>	3	5	6	2	2	6	5	6	7	4	4	7
<b>B90/Grüne</b>	5	4	5	5	5	6	12	12	9	16	12	11
<b>REP</b>	1	2	1	0	0	1	3	2	1	1	1	0
<b>PDS</b>	21	21	15	17	21	18	1	1	2	1	2	1
<b>N</b>	784	385	390	769	395	384	812	835	880	712	867	797

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß Cramer's V Westdeutschland 1994: .10, 1998: nicht signifikant, 2002: nicht signifikant; Ostdeutschland 1994: .09, 1998: nicht signifikant, 2002: nicht signifikant

Fragetexte: *Wahlentscheidung Vorwahlbefragung*: Für 1994: „Und wenn Sie [am 16. Oktober] zur Wahl gehen würden, welche Partei würden Sie dann wählen? Bitte sagen Sie mir nur den Buchstaben von dieser Liste.“, für 1998: „Am 27. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Diese Liste hier ist ein Muster-Stimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Wenn Sie wählen würden, wie würden Sie dann auf dem Stimmzettel ankreuzen? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erst- und Ihre Zweitstimme.“, für 2002: „Am 22. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Diese Liste hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Wenn Sie wählen würden, wie würden Sie dann auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen? [...] Und wie ist das mit Ihrer Zweitstimme? Bitte nennen Sie mir die Kennziffer für Ihre Zweitstimme.“; *Wahlentscheidung Nachwahlbefragung*: Für 1994: „Wie war das eigentlich bei der vergangenen Bundestagswahl am 16. Oktober: Welche Partei haben Sie da gewählt? Bitte sagen Sie mir nur den Buchstaben von dieser Liste.“, für 1998 und 2002: „Bei der Bundestagswahl konnten Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Diese Liste hier ist ein Muster-Stimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten haben. Wie haben Sie auf Ihrem Stimmzettel angekreuzt? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme.“ Die in dieser und den folgenden Tabellen angegebenen Prozentwerte ergeben sich aus der Kombination der Angaben in der Vorwahl- und Nachwahlbefragung.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ 1994, 1998, 2002

Das Lebensalter spielt vor allem in Westdeutschland eine Rolle für die Wahlentscheidung (vgl. Tabelle 2). Die CDU/CSU findet hier zu allen betrachteten Zeitpunkten besonders großen Rückhalt in der Gruppe derer, die siebzig Jahre alt oder älter sind, aber auch in der Gruppe der 55 bis 69jährigen kann sie überdurchschnittliche Erfolge verzeichnen. In der Gruppe der 18 bis 24jährigen ist sie dagegen am wenigsten erfolgreich. Eine Anhängerschaft von über 50 Prozent, wie sie die CDU/CSU in Westdeutschland in der ältesten Wählergruppe aufweisen kann, zeigt sich für die SPD in keiner Altersgruppe. Mit durchgängig 40 Prozent und mehr findet sie aber im Westen in der Gruppe der 25 bis 54jährigen großen und bis auf eine Ausnahme auch immer größeren Zuspruch als die Unionsparteien. In den beiden ältesten Wählergruppen liegt sie klar hinter der Union zurück. In den neuen Bundesländern, in denen die CDU in allen Altersgruppen fast immer weniger beliebt ist als im Westen, zeigt sich dieses Muster nicht in dieser Deutlichkeit. Zwar ist die Präferenz für die Christdemokraten auch hier in der Gruppe der ab 70jährigen in Relation zu den anderen

Altersgruppen am größten, allerdings sind die Differenzen geringer als im Westen. Zudem liegt die CDU nur in wenigen Fällen in der Wählergunst vor der SPD, nämlich 1994 bei den Wählern ab 55 Jahren sowie in sehr moderatem Ausmaß in der Gruppe der 18 bis 24jährigen. Zu allen anderen Zeitpunkten hat die SPD einen Vorsprung von wenigstens 10 Prozentpunkten vor der Union.<sup>5</sup>

**Tabelle 2: Wahlentscheidung nach Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland														
	18 bis 24			25 bis 39			40 bis 54			55 bis 69			ab 70		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU</b>	32	24	25	30	22	28	35	28	31	44	30	30	49	34	36
<b>SPD</b>	29	39	35	40	42	40	35	40	45	33	40	43	32	54	37
<b>FDP</b>	3	4	6	2	3	11	3	3	5	2	4	5	3	2	4
<b>B90/Grüne</b>	16	6	11	8	9	8	4	5	4	2	3	5	1	0	3
<b>REP</b>	2	6	2	0	1	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0
<b>PDS</b>	18	22	22	19	22	14	21	22	14	19	23	17	15	10	19
<b>N</b>	89	54	104	412	204	146	381	183	176	491	247	224	180	92	124
	Westdeutschland														
	18 bis 24			25 bis 39			40 bis 54			55 bis 69			ab 70		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	34	20	36	25	24	32	41	31	37	54	46	48	59	51	54
<b>SPD</b>	29	43	35	46	49	42	41	51	40	38	40	38	33	42	35
<b>FDP</b>	6	5	8	4	4	8	5	6	7	3	6	8	7	4	6
<b>B90/Grüne</b>	30	29	15	22	18	14	11	10	15	2	5	5	1	2	3
<b>REP</b>	2	0	2	2	3	1	3	1	1	2	2	0	1	1	0
<b>PDS</b>	0	3	5	2	2	2	1	2	1	1	1	1	0	1	2
<b>N</b>	142	136	104	546	508	390	332	430	403	342	411	475	162	217	301

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß eta Ostdeutschland 1994: .10, 1998: .14, 2002: .09; Westdeutschland 1994: .29, 1998: .26, 2002: .17

Fragetext zur *Wahlentscheidung* vgl. Tabelle 1, Quelle vgl. Tabelle 1

Bündnis 90/Die Grünen werden in den alten Bundesländern vor allem von den beiden jüngsten Gruppen präferiert, allerdings über den betrachteten Zeitraum hinweg mit abnehmender Tendenz. Auch bei den 40 bis 54jährigen finden die Grünen mit durchgängig über 10 Prozent relativ großen Zuspruch, und 2002 ist der grüne Anteil in den ersten drei Altersgruppen mit ungefähr 15 Prozent gleich groß. Die beiden ältesten Gruppen schenken den Bündnisgrünen dagegen lediglich zwischen 1 und 5 Prozent und damit wenig Aufmerksamkeit. Für die Wahl der PDS zeigen sich in den neuen Bundesländern insgesamt kaum nennenswerte altersbezogene Unterschiede, dafür finden hier die Grünen unter den Wählern von 18 bis 39 relativ große Zustimmungswerte. Die Präferenz für die FDP scheint in beiden Landesteilen recht unabhängig vom Lebensalter zu sein.

<sup>5</sup> Mit den Ausnahmen, dass die 40 bis 54jährigen 1994 und die ab 70jährigen 2002 beide Parteien in gleichem Maß unterstützen.

### **3.1.2 Die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von Bildung, subjektiver Schichtzugehörigkeit und beruflicher Stellung**

1994 und 2002 gibt in den alten Bundesländern jeweils ein gleich großer Anteil der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss eine Präferenz für CDU/CSU und SPD an, 1998 – im Jahr des Regierungswechsels – findet hier allerdings die SPD deutlich stärkeren Rückhalt (vgl. Tabelle 3). In den neuen Bundesländern präferiert 1994 der größte Anteil der formal am wenigsten Gebildeten die CDU, 1998 gilt dies für die SPD, und 2002 genießen beide Parteien fast gleich große Zustimmung. Im Westen spielen alle anderen Parteien für diese Gruppe eine eher unwesentliche Rolle, im Osten nimmt die PDS mit Anteilen zwischen 11 und 16 Prozent durchgängig einen wichtigen Platz als Wahlpartei ein.

Während die Bürgerinnen und Bürger, deren höchster Schulabschluss die Mittlere Reife ist, im Westen 1994 CDU/CSU und SPD in gleichem Maße als wählenswert erachten, geben sie 1998 der SPD den Vorzug vor den Christdemokraten, und 2002 ziehen sie die CDU/CSU der SPD vor. Im Osten dagegen finden die Sozialdemokraten in dieser Gruppe immer mehr Rückhalt als die CDU – 1994 gilt dies in nur moderatem, 1998 und 2002 aber in deutlichem Ausmaß. Neben den beiden Volksparteien erfahren hier im Westen Bündnis 90/Die Grünen (zwischen 10 und 15 Prozent) und im Osten die PDS (zwischen 13 und 25 Prozent) den größten Zuspruch.

Die Wählerinnen und Wähler mit Abitur bzw. Fachhochschulreife tendieren in Ost und West immer in stärkerem Ausmaß zur SPD als zur CDU/CSU. Dieser Vorsprung zeigt sich in den neuen Bundesländern besonders 1998 und 2002, in den alten 2002: In diesen Jahren beträgt die Differenz jeweils 10 Prozentpunkte. Im Westen sind die Bürgerinnen und Bürger mit Abitur weiterhin mit zwischen 18 und 30 Prozent in besonderem Maße den Grünen zugeneigt (1998 tendiert sogar ein etwas größerer Anteil zu den Bündnisgrünen als zu den Christdemokraten), im Osten steht die PDS hoch im Kurs. Dies sticht vor allem 1994 ins Auge: 25 bzw. 29 Prozent der Ostdeutschen geben die CDU bzw. die SPD als bevorzugte Wahlpartei an, womit diese beiden Parteien hinter der PDS zurückbleiben, die 31 Prozent erhält. Interessanterweise sprechen sich durchgängig über 10 Prozent der Ostdeutschen mit Abitur für eine Wahl der Grünen aus. Jeweils ungefähr ein Viertel der westdeutschen Universitäts-

und Fachhochschulabsolventen gibt zu allen drei Zeitpunkten eine Wahlabsicht oder getroffene Wahlentscheidung zu Gunsten der Grünen an. SPD und CDU/CSU finden 1994 und 1998 bei ca. einem Drittel dieser Gruppe Rückhalt, 2002 spielt allerdings die CDU/CSU mit 39 Prozent eine deutlich wichtigere Rolle als die SPD (28 Prozent). In den neuen Bundesländern liegt 1994 und 1998 die PDS in der Gunst der universitär Gebildeten vor den beiden Volkparteien, 2002 liegt sie „nur“ vor der CDU. Daneben präferiert durchgängig ein größerer Anteil eher die Sozial- als die Christdemokraten. Die diesbezüglichen Differenzen zwischen den Anteilen von SPD und CDU sind 1994 und 2002 mit 17 und 21 Prozentpunkten besonders eindrücklich. Demnach spielt die formale Bildung insgesamt in Ost- und Westdeutschland keine unbedeutende Rolle für die Wahlentscheidung.

**Tabelle 3: Wahlentscheidung nach Schulabschluss in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland											
	Volks-, Haupt- schulabschluss, Polytechnische Oberschule 8./9. Klasse			Mittlere Reife, Polytechnische Oberschule 10. Klasse			Abitur, Fachhoch- schulreife, Erwei- terte Oberschule 12. Klasse			(Fach)Hochschul- abschluss		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU</b>	48	33	35	35	24	31	25	26	25	19	23	19
<b>SPD</b>	34	49	38	39	44	46	29	36	35	36	29	40
<b>FDP</b>	2	3	6	3	3	4	3	7	7	2	3	6
<b>B90/Grüne</b>	2	2	3	7	4	6	12	18	14	4	8	10
<b>REP</b>	1	2	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
<b>PDS</b>	14	11	16	16	25	13	31	15	20	39	37	26
<b>N</b>	680	264	267	547	324	287	107	62	89	189	117	108
	Westdeutschland											
	Volks-, Haupt- schulabschluss			Mittlere Reife			Abitur, Fachhoch- schulreife			(Fach)Hochschul- abschluss		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	45	37	44	39	36	46	28	27	31	30	32	39
<b>SPD</b>	45	55	44	39	45	33	32	33	41	34	32	28
<b>FDP</b>	3	3	6	4	6	10	7	8	8	8	8	6
<b>B90/Grüne</b>	5	3	4	15	11	10	30	29	18	25	23	24
<b>REP</b>	2	2	1	2	2	0	1	1	0	1	1	1
<b>PDS</b>	1	0	1	0	1	2	2	3	2	3	4	3
<b>N</b>	723	746	741	413	449	451	237	214	211	133	236	217

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß eta Ostdeutschland 1994: .25, 1998: .22, 2002: .14; Westdeutschland 1994: .25, 1998: .26, 2002: .12

Fragetexte: zur *Wahlentscheidung* vgl. Tabelle 1, *Schulabschluss*: „Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste.“ Antwortvorgaben: Schule beendet ohne Abschluss (1), Volks-/Hauptschule bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse (2), Mittlere Reife, Real-  
schulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse (3), Abitur, Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse, Fachhochschulreife (4), abgeschlossenes Studium an Hoch- oder Fachhochschule, Universität, Akademie, Polytechnikum (5). Kategorie 1 wurde aufgrund geringer Fallzahlen aus der Analyse ausgeschlossen.

Quelle: vgl. Tabelle 1

Die subjektiv empfundene Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht übt in den alten Bundesländern den zu erwartenden Einfluss aus (vgl. Tabelle 4). Für die Angehörigen der Oberschicht spielt die CDU/CSU durchgängig eine deutlich wichtigere Rolle als alle anderen Parteien. Auf dem zweiten Platz rangiert zwar die SPD, allerdings mit einem Abstand von 15 (1994) bis 20 (2002) Prozentpunkten. Diejenigen, die sich selbst der Arbeiterschicht zuordnen, tendieren zu allen drei Befragungszeitpunkten in deutlich stärkerem Ausmaß zur sozialdemokratischen Partei als die Angehörigen der Mittel- und der Oberschicht. Dabei ist dieser Unterschied gegenüber der Oberschicht immer stärker ausgeprägt als gegenüber der Mittelschicht. Bei denjenigen, die sich der Mittelschicht zugehörig fühlen, zeigt sich eine eindeutige Präferenzordnung, wie sie bei den Mitgliedern der anderen beiden Schichten beobachtbar ist, nicht. Die FDP findet insbesondere in der Oberschicht Zuspruch, was ihrem selbstgewählten Image der „Partei der Besserverdienenden“ entsprechen dürfte. Die Grünen finden vorrangig in der Mittel-, aber auch in der Oberschicht die größte Unterstützung, wohingegen sie für die Arbeiterschicht keine große Rolle spielen.

Für Ostdeutschland erweist sich die Analyse im Hinblick auf die Oberschicht als unmöglich, da die gewonnenen Daten aufgrund der extrem geringen Fallzahlen nicht sinnvoll interpretiert werden können. Deshalb müssen sich die Betrachtungen auf die Arbeiter- und Mittelschicht beschränken. Die Angehörigen der Mittelschicht präferieren – ähnlich wie in Westdeutschland – in ungefähr gleichem Ausmaß die Christ- und die Sozialdemokraten. In der Arbeiterschicht findet die SPD 1998 und 2002, nicht aber 1994, deutlich größeren Zuspruch als die CDU. Den dritten Platz in der Hierarchie nimmt in beiden Fällen zu allen betrachteten Zeitpunkten die PDS ein, wobei beachtenswert ist, dass diese 1998 von einem gleich großen Anteil der Arbeiterschicht präferiert wird wie die CDU.

**Tabelle 4: Wahlentscheidung nach subjektiver Schichtzugehörigkeit in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland								
	Arbeiterschicht			Mittelschicht			Oberschicht*		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU</b>	41	24	31	35	32	30	36	30	60
<b>SPD</b>	34	46	43	37	39	38	21	30	0
<b>FDP</b>	2	2	4	3	5	7	14	10	0
<b>B90/Grüne</b>	4	3	4	6	6	7	0	0	20
<b>REP</b>	1	2	1	1	0	0	0	0	0
<b>PDS</b>	19	23	16	18	18	18	29	30	20
<b>N</b>	870	408	436	615	324	296	14	10	5
	Westdeutschland								
	Arbeiterschicht			Mittelschicht			Oberschicht		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	35	31	40	41	36	43	43	46	53
<b>SPD</b>	49	56	46	38	42	35	28	28	33
<b>FDP</b>	3	2	6	4	6	8	10	16	8
<b>B90/Grüne</b>	9	7	5	15	14	12	17	11	6
<b>REP</b>	3	3	1	1	1	1	1	0	0
<b>PDS</b>	1	1	2	1	2	2	1	0	0
<b>N</b>	427	524	525	979	1047	1059	82	76	51

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß Cramer's V Ostdeutschland 1994: .09, 1998: .12, 2002: .18; Westdeutschland 1994: .11, 1998: .15, 2002: .10

Fragetexte: für *Wahlentscheidung* vgl. Tabelle 1; *subjektive Schichtzugehörigkeit*: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst zu, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht oder der Oberschicht?“

Quelle: vgl. Tabelle 1; \* die für Ostdeutschland ermittelten Daten sind aufgrund der extrem geringen Fallzahlen nicht sinnvoll interpretierbar

Tabelle 5 zeigt, dass die Union im Osten wie im Westen in ganz besonderem Maß in der Gruppe der Selbständigen, Landwirte und Freiberufler verwurzelt ist. Die Sozialdemokraten können sich in dieser Gruppe zu keinem Zeitpunkt auf eine auch nur annäherungsweise ähnliche Befürwortung stützen. Die Differenzen liegen in den neuen Bundesländern zwischen 16 und 29, in den alten Bundesländern zwischen 28 und 36 Prozentpunkten. Daneben findet die FDP in keiner anderen beruflichen Gruppe so große Unterstützung – im Osten geben zwischen 5 und 10, im Westen zwischen 9 und 15 Prozent an, sich für die Partei entscheiden zu wollen bzw. entschieden zu haben. Ähnlich großen Zuspruch finden in den alten Bundesländern die Grünen, im Osten liegt die PDS 1994 und 1998 vor der FDP, 2002 liegen beide gleich auf. Die einfachen und mittleren Angestellten sympathisieren immer und in beiden Landesteilen sehr viel stärker mit der SPD als mit den Christdemokraten. Für die qualifizierten und leitenden Angestellten gilt dies im Osten ebenfalls. Nicht aber im Westen, wo diese Gruppe 1994 zu gleichen Teilen Christ- und Sozialdemokraten präferiert, 1998 der SPD und 2002 der CDU/CSU den Vorzug vor der jeweils anderen Volkspartei gibt. Außerdem können die Grünen hier, wie auch bei den qualifizier-

ten und leitenden Angestellten sowie bei Selbständigen, 10 und mehr Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

**Tabelle 5: Wahlentscheidung nach beruflicher Stellung in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland																	
	Selbständige, freie Berufe, Landwirte			einfache und mittlere Angestellte			qualifizierte und leitende Angestellte			Beamte			un- und angelernte Arbeiter			Fach- und hochqualifizierte Arbeiter		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998*	2002*	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU</b>	52	40	45	37	26	24	27	23	27	33	35	28	41	26	33	46	26	34
<b>SPD</b>	23	23	29	40	49	44	37	37	42	26	35	44	37	52	30	34	46	45
<b>FDP</b>	5	9	10	2	2	5	3	4	4	2	4	0	2	4	13	2	3	5
<b>B90/Grüne</b>	1	9	5	6	3	8	4	7	7	6	4	6	2	0	9	4	4	2
<b>REP</b>	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	4	2	2	1	1
<b>PDS</b>	18	17	10	15	21	19	29	29	21	33	23	22	15	13	13	14	20	14
<b>N</b>	100	47	58	337	175	129	391	160	195	51	26	18	92	46	46	480	277	227
	Westdeutschland																	
	Selbständige, freie Berufe, Landwirte			einfache und mittlere Angestellte			qualifizierte und leitende Angestellte			Beamte			un- und angelernte Arbeiter			Fach- und hochqualifizierte Arbeiter		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	50	49	55	37	29	35	38	35	44	42	39	46	44	39	46	35	32	40
<b>SPD</b>	22	21	19	47	58	45	38	42	37	36	35	38	39	55	42	51	58	44
<b>FDP</b>	9	15	13	2	4	9	5	7	6	6	5	3	3	0	7	2	2	7
<b>B90/Grüne</b>	14	11	10	13	8	9	16	13	12	14	17	11	8	4	6	8	4	4
<b>REP</b>	3	2	1	1	1	1	2	1	0	0	2	1	3	2	0	2	4	1
<b>PDS</b>	2	2	2	1	1	1	1	2	1	1	2	2	3	0	0	1	1	4
<b>N</b>	138	164	181	322	386	335	324	382	491	149	135	133	108	142	158	251	254	250

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß Cramer's V: Ostdeutschland 1994: .12, 1998: .11, 2002: .11, Westdeutschland 1994: .11, 1998: .14, 2002: .10  
 Fragetexte: zur *Wahlentscheidung* vgl. Tabelle 1, *Berufliche Stellung*: „Bitte sehen Sie sich diese Liste einmal durch. Welche berufliche Stellung trifft auf Sie gegenwärtig zu bzw. sofern Sie nicht mehr berufstätig sind, was traf zuletzt auf Sie zu?“ Antwortvorgaben: kleine Selbständige (1), mittlere Selbständige (2), größere Selbständige (3), einfache Angestellte (4), mittlere Angestellte (5), qualifizierte Angestellte (6), leitende Angestellte (7), Beamte: einfacher Dienst (8), Beamte: mittlerer Dienst (9), Beamte: gehobener Dienst (10), Beamte: höherer Dienst (11), ungelernete Arbeiter (12), angelernte Arbeiter (13), Facharbeiter (14), hochqualifizierte Arbeiter (15), kleine Landwirte (16), mittlere Landwirte (17), große Landwirte (18), freie Berufe (19). Die ausgewiesenen Kategorien wurden durch die folgenden Kombinationen der Ausgangskategorien gebildet: *Selbständige, freie Berufe, Landwirte*: 1 bis 3, 15 bis 19, *einfache und mittlere Angestellte*: 4 und 5, *qualifizierte und leitende Angestellte*: 6 und 7, *Beamte*: 8 bis 11, *un- und angelernte Arbeiter*: 12 und 13, *Fach- und hochqualifizierte Arbeiter*: 14 und 15  
 Quelle: vgl. Tabelle 1, \* die Daten im Hinblick auf die Wahlentscheidung der ostdeutschen Beamten lassen sich 1998 und 2002 aufgrund der extrem geringen Fallzahlen nicht sinnvoll interpretieren.

1994 und 1998 liegt neben der SPD auch die PDS in der Gunst der ostdeutschen qualifizierten Angestellten vor der CDU. Die westdeutschen Beamten tendieren durchgehend etwas stärker zur CDU/CSU als zu den Sozialdemokraten. Über die Parteipräferenzen der ostdeutschen Staatsdiener lassen sich für die Jahre 1998 und 2002 aufgrund der geringen Fallzahlen keine sinnvollen Aussagen machen, 1994 entscheidet sich ein größerer Anteil von ihnen für die CDU als für die SPD. Zudem findet die PDS gleich großen Anklang wie die Christdemokraten. Nur 1998 entscheidet sich in den alten und den neuen Bundesländern ein größerer Anteil der an- und ungelerten Arbeiter für die SPD als für die CDU(/CSU). Zu den beiden anderen betrachteten Zeitpunkten liegt die Union leicht vor den Sozialdemokraten. Während im Westen keine andere Partei eine nennenswerte Rolle für diese Berufsgruppe spielt, sprechen sich im Osten ein Mal 15 und zwei Mal 13 Prozent für die PDS aus. In den alten Bundesländern kann man die SPD als Partei der Facharbeiter ansehen. 1994 und 1998 gibt jeweils über die Hälfte dieser eine Wahlentscheidung zu Gunsten der Sozialdemokraten an, wobei nur bei ungefähr einem Drittel eine Präferenz für die CDU/CSU zu erkennen ist. 2002 hat sich dieses Bild allerdings etwas verändert: 40 Prozent der Facharbeiter bekennen sich nun zur Union, nur noch 44 Prozent zur SPD. In den neuen Bundesländern zeigt sich 1994 noch ein anderes Muster als im Westen. 46 Prozent der Facharbeiter wollten die CDU wählen oder hatten dies getan, nur ein gutes Drittel wendet sich der SPD zu. 1998 und 2002 überholen aber die Sozialdemokraten die CDU deutlich.

Für die Jahre 1998 und 2002 lässt sich auch die Frage danach beantworten, inwiefern sich die Wahlabsicht oder die Wahlentscheidung von Arbeitern, die Gewerkschaftsmitglied sind, und die Wahlaussagen von Arbeitern, die nicht Mitglied in einer Gewerkschaft sind, voneinander unterscheiden (Daten nicht tabellarisch ausgewiesen, Datenquelle vgl. Tabelle 1). Für Westdeutschland zeigt sich 1998, dass die gesamte Gruppe der Arbeiter stärker zur SPD als zur CDU/CSU tendiert. So sprechen sich Arbeiter, die nicht in einer Gewerkschaft Mitglied sind, zu 52 Prozent für eine Wahl zu Gunsten der SPD aus, dasselbe gilt für 75 Prozent derer, die Gewerkschaftsmitglied sind. Die Stimmenanteile für die CDU/CSU fallen demgegenüber mit 39 und 20 Prozent recht moderat aus. 2002 lässt sich dieses Ergebnis aber nicht so eindeutig bestätigen. Zwar neigt hier noch immer deutlich mehr als die Hälfte (56 Prozent) der gewerkschaftsgebundenen Arbeiter zur SPD, zwischen dieser und der

Dreiviertelmehrheit aus dem Jahr 1998 besteht aber eine sehr große Differenz. Zudem präferieren 47 Prozent der Arbeiter, die kein Gewerkschaftsmitglied sind, die CDU/CSU, nur 39 Prozent von ihnen tendiert zur SPD. Wenngleich nur auf zwei Datenpunkte gestützt, kann für die alten Bundesländer eine gewisse Mobilisierungsfunktion der Gewerkschaften im Hinblick auf die SPD-Wahl konstatiert werden. Offenbar konnte diese 1998 – im Jahr des Regierungswechsels - besonders große Wirkung erzielen. Für die neuen Bundesländer können hier aufgrund der extrem geringen Fallzahlen leider keine sinnvollen Aussagen gemacht werden.

### **3.1.3 Die Wahlentscheidung nach Konfession und Kirchenbindung**

Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche scheint in den neuen Bundesländern eine noch wichtigere Rolle für die Stimmabgabe zugunsten der CDU/CSU zu spielen als in den alten. So geben beispielsweise 2002 66 Prozent der ostdeutschen, aber „nur“ 55 Prozent der westdeutschen Katholiken an, ihre Stimme für die Union abgeben zu wollen bzw. abgegeben zu haben. Dabei ist natürlich zu beachten, dass der Katholikenanteil in den neuen Bundesländern im Vergleich zu dem in den alten verschwindend gering ist. Die Protestanten tendieren im Westen durchgängig in stärkerem Ausmaß zu den Sozial-, als zu den Christdemokraten. Im Osten neigen sie 1994 deutlich stärker zur CDU als zur SPD, 1998 und 2002 entfallen auf beide Parteien ungefähr gleiche Anteile. Die Konfessionslosen und diejenigen, die aus der Kirche ausgetreten sind, neigen in beiden Landesteilen sehr viel stärker zur SPD als zur CDU/CSU, und in den neuen Bundesländern präferiert immer ungefähr ein Viertel von ihnen die PDS, in den alten Bundesländern finden die Grünen relativ starken Rückhalt in dieser Gruppe. Die ermittelte Unterstützung der anderen Parteien unterscheidet sich in Abhängigkeit von der Konfession nicht wesentlich.

**Tabelle 6: Wahlentscheidung nach Konfession in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland								
	evangelisch			katholisch			konfessionslos, aus Kirche ausgetreten		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU</b>	56	40	39	60	71	66	29	19	22
<b>SPD</b>	31	42	37	29	24	21	37	44	45
<b>FDP</b>	2	4	9	4	0	2	2	4	5
<b>B90/Grüne</b>	4	6	8	3	0	2	5	5	5
<b>REP</b>	1	0	0	1	0	0	1	2	1
<b>PDS</b>	6	9	7	3	6	9	26	28	22
<b>N</b>	434	209	228	72	34	53	1018	515	474
	Westdeutschland								
	evangelisch			katholisch			konfessionslos, aus Kirche ausgetreten		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	35	29	36	52	45	55	20	23	24
<b>SPD</b>	47	53	43	31	39	31	42	44	43
<b>FDP</b>	5	5	8	4	5	7	3	7	8
<b>B90/Grüne</b>	11	12	10	10	9	7	28	20	19
<b>REP</b>	1	1	1	2	2	0	5	3	0
<b>PDS</b>	1	2	2	0	1	1	3	3	6
<b>N</b>	685	742	706	577	678	707	222	243	218

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß Cramer's V: Ostdeutschland 1994: .22, 1998: .24, 2002: .19, Westdeutschland 1994: .21, 1998: .17, 2002: .24

Fragetexte: zur *Wahlentscheidung* vgl. Tabelle 1; *Konfession*: „Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an oder haben Sie angehört? Bitte sagen Sie es mir anhand dieser Liste.“ Antwortvorgaben: „der evangelischen Kirche (1), der katholischen Kirche (2), anderer Glaubensgemeinschaft (3), aus der evangelischen Kirche ausgetreten (4), aus der katholischen Kirche ausgetreten (5), nie Mitglied einer Kirche/Glaubensgemeinschaft gewesen (6).“ In der Tabelle sind die Kategorien 4, 5 und 6 zusammengefasst, Kategorie 3 wurde aufgrund geringer Fallzahlen aus der Analyse ausgeschlossen.

Quelle: vgl. Tabelle 1

Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der über die Kirchengangshäufigkeit gemessenen Kirchenbindung und der Wahlentscheidung. Im Westen nimmt die Präferenz für die Unionsparteien kontinuierlich mit der Kirchengangshäufigkeit ab. Im Osten gilt dies für die Jahre 1998 und 2002 ebenfalls. Die Sozialdemokraten finden dagegen den größten Rückhalt bei denen, die angeben, selten oder nie in die Kirche zu gehen (für die neuen Bundesländer gilt dies wiederum nur für 1998 und 2002). Eine relativ starke Unterstützung aus dieser Gruppe beziehen in den alten Bundesländern auch Bündnis 90/Grünen, in den neuen Bundesländern gilt dies - insbesondere im Hinblick auf diejenigen, die überhaupt keine Kirchenbindung aufweisen - für die PDS.

**Tabelle 7: Wahlentscheidung nach Kirchengangshäufigkeit in Ost- und Westdeutschland 1994 bis 2002**

	Ostdeutschland											
	oft			ab und zu			selten			nie		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU</b>	52	77	75	56	46	41	47	31	32	29	18	22
<b>SPD</b>	38	12	16	28	36	30	33	48	42	38	44	45
<b>FDP</b>	2	0	0	3	4	11	3	4	6	2	3	5
<b>B90/Grüne</b>	4	8	6	5	3	9	5	6	6	5	5	4
<b>REP</b>	2	0	0	1	0	1	1	0	1	1	2	1
<b>PDS</b>	2	4	3	7	11	8	11	11	13	26	28	23
<b>N</b>	50	26	32	265	121	133	308	160	190	906	469	396
	Westdeutschland											
	oft			ab und zu			selten			nie		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<b>CDU/CSU</b>	70	66	73	46	37	45	32	29	36	24	23	28
<b>SPD</b>	20	25	15	37	46	38	45	51	46	46	49	43
<b>FDP</b>	3	2	5	5	6	8	5	4	8	2	5	7
<b>B90/Grüne</b>	6	5	6	9	9	9	15	13	8	21	18	15
<b>REP</b>	1	2	0	1	1	0	2	2	0	4	3	2
<b>PDS</b>	0	0	1	1	1	0	1	1	2	3	3	5
<b>N</b>	142	175	207	565	649	650	449	498	471	329	366	327

Angaben: Prozentwerte, Zusammenhangsmaß eta: Ostdeutschland 1994: .25, 1998: .26, 2002: .19, Westdeutschland 1994: .25, 1998: .21, 2002: .23

Fragetexte: zur Wahlentscheidung vgl. Tabelle 1; Kirchengangshäufigkeit: „Wir oft gehen Sie im allgemeinen zur Kirche? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste.“ Antwortvorgaben: mehrmals in der Woche (1), einmal in der Woche (2), mindestens einmal im Monat (3), mehrmals im Jahr (4), einmal im Jahr (5), seltener als einmal im Jahr (6), nie (7). Die ausgewiesenen Kategorien wurden folgendermaßen gebildet: oft: 1 und 2, ab und zu: 3 und 4, selten: 5 und 6, nie: 7.

Quelle: vgl. Tabelle 1

Besonders interessant ist die Frage nach dem kombinierten Einfluss von Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung auf die Parteipräferenz (Daten nicht tabellarisch ausgewiesen, Datenquelle vgl. Tabelle 1). Wie nach den oben dargestellten Annahmen zu erwarten, neigt 1994 eine überwältigende Mehrheit der westdeutschen, stark kirchengebundenen Katholiken zur CDU/CSU: 80% von ihnen geben an, diese Partei bei der Bundestagswahl wählen zu wollen bzw. gewählt zu haben. Die SPD spielt lediglich für 14% dieser Gruppe eine Rolle. Mit abnehmender Kirchenbindung sinkt auch die CDU/CSU-Präferenz der Katholiken, gleichzeitig nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlentscheidung zu Gunsten der SPD zu. So präferieren diejenigen, die ab und zu zur Kirche gehen, zu 52 Prozent (32 Prozent SPD), diejenigen, die selten zur Kirche gehen, zu 40 Prozent (37 Prozent SPD) und diejenigen, die nie zur Kirche gehen, zu 35 Prozent (38 Prozent SPD) die Christdemokraten. Auch bei den Protestanten verstärkt die Kirchenbindung 1994 die Wahrscheinlichkeit einer CDU/CSU-Wahl, allerdings in weniger deutlichem Ausmaß und auf viel niedrigerem Niveau als bei den Katholiken. Folgende Anteile von Protestanten tendieren 1994 zur CDU/CSU: 48 Prozent der stark kirchengebundenen (42 Prozent

SPD), 43 Prozent derer, die ab und zu die Kirche besuchen (42 Prozent SPD), 29 Prozent derer, die selten die Kirche besuchen (51 Prozent SPD) und 27 Prozent derer, die nie zur Kirche gehen (51 Prozent SPD). 1998 zeigt sich der Einfluss der Kirchenbindung bei Protestanten auf die Wahlentscheidung zu Gunsten der CDU/CSU ebenfalls, allerdings mit einer anderen Qualität als vier Jahre zuvor. Zwar geben 40 Prozent der Evangelischen, die oft zur Kirche gehen, aber nur 22 Prozent derer, die nie die Kirche besuchen, eine CDU/CSU-Wahl an. Gleichzeitig tendieren jedoch 53 Prozent der kirchengebundenen und 55 Prozent der ungebundenen Protestanten zur SPD. Unabhängig von der Kirchengangshäufigkeit waren die Sozialdemokraten in diesem Jahr bei den Protestanten deutlich beliebter als die Christdemokraten. Die eifrigen katholischen Kirchgänger bilden auch 1998 ein großes Reservoir an Wählerstimmen für die Unionsparteien. Rund 70 Prozent dieser Gruppe äußern ihre Präferenz für diese Partei, nur 19 Prozent tendieren zur SPD. Die Katholiken, die ab und zu zur Kirche gehen, verteilen ihre Gunst anders als 1994 ungefähr gleich auf Christ- und Sozialdemokraten (jeweils gut 40 Prozent). Unter den wenig oder gar nicht kirchengebundenen Katholiken lassen sich 1998 schließlich deutlich größere Zustimmungswerte für die SPD als für die CDU/CSU feststellen (44 vs. 36 Prozent und 50 vs. 32 Prozent). 2002 ergibt sich wiederum ein Bild, das dem von 1994 eher ähnelt als das von 1998. 49 Prozent der Protestanten und 81 Prozent der Katholiken, die oft zur Kirche gehen, äußern eine Wahlpräferenz für die Union. Für die SPD entscheiden sich dagegen nur 30 bzw. 8 Prozent dieser Gruppen. In den drei weniger oder nicht kirchengebundenen Gruppen von Protestanten findet sich mit jeweils über 40 Prozent immer eine größere Neigung zur SPD als zur CDU/CSU, die zwischen 37 und 30 Prozent für sich verbuchen kann. Von den Katholiken, die ab und zu zur Kirche gehen, geben 2002 über die Hälfte eine Präferenz für die Christdemokraten, und nur ein Drittel eine Wahlabsicht oder erfolgte Wahl zu Gunsten der SPD an. Bei den Katholiken, die selten oder nie die Kirche besuchen, findet sich eine größere Sympathie für die SPD (45 und 46 Prozent) als für die CDU/CSU (41 und 35 Prozent).

Insgesamt lässt sich in den alten Bundesländern also ein Einfluss der Konfession in Kombination mit der Kirchenbindung auf die Wahlentscheidung nicht von der Hand weisen. Vor allem die stark kirchengebundenen Katholiken können nach wie vor als Kernwählerschaft der CDU/CSU identifiziert werden, die in der SPD nur in äußerst geringem Umfang eine Alternative sieht. Für die stark kirchengebundenen Protestan-

ten lässt sich dies nicht in diesem Ausmaß feststellen. Sie neigen generell deutlich weniger zur Union als ihre katholischen Kollegen, und im Jahr 1998 entschied sich sogar über die Hälfte von ihnen für die SPD. Für die neuen Bundesländer lassen sich auf der Grundlage der verwendeten Daten bedauerlicherweise keine Aussagen machen, da die Fallzahlen zu gering sind.

### **3.2 Die Wählerschaft der Union**

Die CDU/CSU findet in Westdeutschland besonders starken Rückhalt bei älteren Wählern, im Osten gilt dies ebenfalls, wenngleich auf niedrigerem Niveau und mit geringeren Differenzen zwischen den jüngeren und älteren Wählergruppen. Im Hinblick auf den Bildungsgrad findet die CDU/CSU in den alten Bundesländern den stärksten Rückhalt in den Gruppen derer mit Haupt- oder Realschulabschluss, in den neuen Bundesländern gilt dies nur für die Gruppe der formal am wenigsten Gebildeten. Die Angehörigen der Oberschicht stellen in Westdeutschland durchgängig ein großes Reservoir an Wählerstimmen für die Christdemokraten zur Verfügung. Für Ostdeutschland lassen sich hierüber aufgrund der geringen Fallzahlen keine Aussagen machen. Im Hinblick auf die berufliche Stellung zeichnen sich in den alten und den neuen Bundesländern die Selbständigen und Landwirte in überproportionalem Ausmaß als Wähler der CDU(/CSU) aus. Im Westen gilt dies zudem, wenngleich in sehr viel geringerem Umfang, für die Beamten. Weiterhin tendieren im Osten wie im Westen katholische und kirchengebundene Bürgerinnen und Bürger sehr stark zu den Christdemokraten.

### **3.3 Die Wählerschaft der SPD**

Die Sozialdemokratische Partei findet in den alten Bundesländern großen Rückhalt in der Altersgruppe von 25 bis 54. In den neuen Bundesländern lassen sich in keiner Altersgruppe durchgängig höhere Werte für die SPD feststellen als in den anderen Gruppen. Es zeigt sich allerdings, dass sie bei den jüngsten Wählern am wenigsten beliebt ist. Wie die CDU/CSU können auch die Sozialdemokraten sich in Westdeutschland in besonderem Maße auf die formal am wenigsten Gebildeten stützen. In den neuen Bundesländern trifft dies für diese Gruppe in der Tendenz ebenfalls zu, vorrangig aber für diejenigen mit Mittlerer Reife. Im Westen erweist sich die SPD wei-

terhin als Partei der Arbeiterschicht. Dieses Ergebnis lässt sich für den Osten in den Jahren 1998 und 2002 bestätigen. Im Hinblick auf die berufliche Stellung zeigt sich in den alten Bundesländern ein bekanntes Bild: Facharbeiter präferieren überdurchschnittlich die SPD, dasselbe gilt aber auch für die einfachen und mittleren Angestellten. Diese erweisen sich in den neuen Bundesländern ebenfalls in großem Umfang als Wähler der Sozialdemokraten, für die Facharbeiter trifft dies – wie oben bereits angesprochen – nur in den Jahren 1998 und 2002 zu. Weiterhin tendieren im Westen Protestanten und in etwas geringerem Ausmaß auch Konfessionslose stark zur SPD, im Osten sind es vorrangig die Konfessionslosen, aber auch Angehörige der evangelischen Kirche. Zudem schätzen generell Menschen mit geringer oder ohne Kirchenbindung die SPD mehr als Kirchengebundene.

### **3.4 Die Wählerschaft der FDP**

Die FDP erweist sich im Hinblick auf ihre Wählerschaft als relativ alterslos, hat hier also bei keiner Gruppe einen besonderen Bonus. Im Westen hat sie bei den höher Gebildeten einen leichten Vorsprung, im Osten gilt dies allenfalls für diejenigen mit Abitur. Die Angehörigen der Oberschicht haben 1994 und 1998 ein gewisses Faible für die Freidemokraten, 2002 ist dieses jedoch nicht größer als in der Mittelschicht. In den neuen Bundesländern lassen sich für die Oberschicht aufgrund der geringen Fallzahlen keine Aussagen machen, die Mitglieder der Mittelschicht präferieren die FDP hier etwas stärker als die Mitglieder der Arbeiterschicht. Im Osten wie im Westen findet die FDP erwartungsgemäß durchgängig größeren Zuspruch bei den Selbständigen als bei allen anderen Berufsgruppen. Vor allem die Konfessionszugehörigkeit, aber auch die Kirchenbindung wirken sich nicht merklich auf eine Präferenz der FDP aus. Es ist allenfalls zu bemerken, dass sie bei den stark Kirchengebundenen fast immer die geringsten Wahlchancen hat.

### **3.5 Die Wählerschaft der Bündnisgrünen**

Die Bündnisgrünen<sup>6</sup> finden 1994 und 1998 starken Rückhalt bei den 18 bis 39jährigen. 2002 sind die für sie angegebenen Stimmenanteile allerdings in dieser Gruppe gleich groß wie bei den 40 bis 54jährigen. Dies kann eventuell ein Indiz für ein „Ergrauen der Wähler der Grünen“ (Jung/Roth 1998: 13) darstellen. Im Hinblick auf die formale Bildung finden die Bündnisgrünen deutlichen Anklang bei den Wählern, die Abitur oder einen Hochschulabschluss haben, weiterhin sind sie in der Mittel- und der Oberschicht beliebter als in der Arbeiterschicht. Damit geht einher, dass sie bei den Arbeitern (wie auch bei einfachen und mittleren Angestellten) relativ wenig erfolgreich sind, dafür aber bei leitenden Angestellten und Beamten (also bei Mitgliedern der Neuen Mittelschicht) sowie bei Selbständigen großen Rückhalt finden. Daneben geben diejenigen, die konfessionslos oder aus der Kirche ausgetreten sind und diejenigen, die keine Kirchenbindung aufweisen, die Grünen überdurchschnittlich als präferierte Wahlpartei an.

### **3.6 Die Wählerschaft der PDS**

Die PDS<sup>7</sup> konnte sich 1994 und 1998 in relativ gleichem Ausmaß auf die vier Gruppen der 18 bis 69jährigen stützen, allein bei den ab 70jährigen fand sie geringeren Rückhalt. 2002 fiel sie aber in der Gunst der 25 bis 69jährigen etwas zurück und wurde vor allem von den jüngsten Wählern präferiert, außerdem hatte sie in der Gruppe der ab 70jährigen nun einen größeren Bonus als in den mittleren Gruppen. Hinsichtlich der formalen Bildung kann sich die PDS durchgängig sehr stark auf die universitär Gebildeten verlassen, die subjektive Zugehörigkeit zur Arbeiter- oder Mittelschicht bringt dagegen keine wesentlichen Unterschiede der Affinität zur PDS mit sich. Die qualifizierten und leitenden Angestellten stellen in Relation zu den anderen beruflichen Gruppen ein großes Reservoir an Wählerstimmen für die PDS dar. Im Hinblick auf Konfession und Kirchenbindung zeigt sich das zu erwartende Bild: Die PDS kann einen großen Teil der Konfessionslosen und der nicht Kirchengebundenen für sich gewinnen.

---

<sup>6</sup> Bezieht sich nur auf die alten Länder

<sup>7</sup> Bezieht sich nur auf die neuen Länder

## **Literatur:**

Andersen, Uwe/Woyke, Wichard 1998: Wahl '98. Bundestagswahl 98: Parteien und Wähler, Wahlrecht und Wahlverfahren, Politische Entwicklung. Opladen: Leske und Budrich

Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W. 1998: „Annäherung durch Wandel“? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52, S. 33-43

Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud 2002: Sozialstruktur und Politik: Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske und Budrich, S. 7-22

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. 2. Auflage. Opladen: Leske und Budrich

Dalton, Russel J. 1996: Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies. 2. Auflage. Chatham, New Jersey: Chatham House Publishers

Dalton, Russel J./Flanagan, S./Beck, Paul A. (Hrsg.) 1984: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? Princeton: Princeton University Press

Evans, Geoffrey (Hrsg.) 1999: The End of Class Politics. Class Voting in Comparative Context. Oxford: Oxford University Press

Falter, Jürgen W./Gehring, Uwe W. 1998: Alter – ein neues Cleavage? In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 463-503

Falter, Jürgen W./Schoen, Harald 1999: Wahlen und Wählerverhalten. In: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. PVS Sonderheft 30. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 454-470

Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen W. 1990: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37-38, S. 3-13

Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank 1994: Soziale Konflikte und Wählerverhalten: Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Kontext der längerfristigen Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. In: Rattinger,

Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.). Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, S. 7-45

Gabriel, Oscar W./Thaidigsmann, S. Isabell 2000: Stand und Probleme der Wahlforschung in Deutschland. In: Andersen, Uwe u.a. (Hrsg.): Wahlen in Deutschland. Europa – Bund – Länder – Kommunen. Politische Bildung 3, Jahrgang 33. S. 6-19

Gibowski, Wolfgang 1999: Social Change and the Electorate. An Analysis of the 1998 Bundestagswahl. In: German Politics Vol. 8, Nr. 2. Special Issue on: Bundestagswahl '98: The End of an Era? S. 10-32

Gluchowski, Peter/von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich 1997: Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 179-208

Hennig, Eike/Lohde-Reiff, Robert 2002: Die Wahlabsicht im Wandel von 1980 bis 1998. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske und Budrich, S. 109-126

Inglehart, Ronald 1977: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press

Inglehart, Ronald 1997: Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies, Princeton/New Jersey: Princeton University Press.

Jagodzinski, Wolfgang/Quandt, Markus 2000: Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 159-181

Jung, Matthias/Roth, Dieter 1998: Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52, S. 3-19

Klein, Markus/Pötschke, Manuela 2000: Wählen im sozialen Kontext: Mehrebenenanalysen bei den Bundestagswahlen der Jahre 1969 bis 1998. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 182-211

- Knutsen, Oddbjorn/Scarborough, Elinor 1995: Cleavage Politics. In: van Deth, Jan/Scarborough, Elinor (Hrsg.): The Impact of Values. Oxford: Oxford University Press, S. 492-523
- Lane, Jan-Erik/Ersson, Svante 1989: Politics and Society in Western Europe. London: Sage
- Lazarsfeld, Paul et al. 1948: The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York: Columbia University Press
- Lijphart, Arend 1999: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven/London: Yale University Press
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein 1967: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignment. In: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Free Press, S. 1-64
- Molitor, Ute/Neu, Viola 1999: Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 2, S. 252-267
- Pappi, Franz Urban 1992: Konfliktlinien. In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Die westlichen Länder (Band 3 des Lexikons der Politik). München: C.H. Beck, S. 191-199
- Pappi, Franz Urban 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiscenz oder aktuelles Erklärungspotenzial? In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske und Budrich, S. 25-46
- Rudzio, Wolfgang 2003: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 6. Auflage. Opladen: Leske und Budrich
- Schmitt, Hermann 2001: Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten: Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 623-645
- Schmitt, Karl 1997: Sozialstruktur und Wählerverhalten. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske und Budrich, S. 425-448
- Schultze, Rainer-Olaf/Zinterer, Tanja 2002: Konfliktlinien. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundes-

republik Deutschland. 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Neuauflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 243-248

von Alemann, Ulrich 2003: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Opladen: Leske und Budrich

Weßels, Bernhard 2000: Gruppenbindungen und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 129-158

Woyke, Wichard 1998: Stichwort: Wahlen. 10. Auflage. Opladen: Leske und Budrich

## **Die Autorin**

*S. Isabell Thaidigsmann*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für politische Systeme und politische Soziologie, Universität Stuttgart